



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit

Sitzungsort: Orbansaal, Bergbräustraße 1		Sitzung-Nr.: SVA/03/2023
Sitzungsdatum: Dienstag, 25.04.2023	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:30 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	ab 16:45 Uhr, TOP 2 öSi
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	
Frau Stadträtin Stephanie Kürten	
Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth	bis 18:05 Uhr, TOP 1 nö Si
Herr Stadtrat Hans Stachel	Vertretung für Herr Stadtrat Klaus Böttcher
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Sepp Mißbeck	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Gabriel Engert	Referat IV
Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Klaus Böttcher	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Vereinsauflösung Schützenverein "Buchenlaub Ingolstadt" (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0263/23	3
2. Sportentwicklungsplan für die Stadt Ingolstadt, Abschlussbericht; Verabschiedung der Leitziele, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0291/23	4
3. Pflegemaßnahmen zur Badesaison 2023 (Referentin: Frau Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0272/23	11
4. Strategisches Immobilienmanagement (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0303/23	13
5. Vollzug des Bayrischen Straßen- und Wegegesetzes; Antrag auf Ausweitung der Außenbestuhlung für Gastronomiebetriebe; (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0379/23	17

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Änderung zur Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

In die Tagesordnung wird **aufgenommen**:

- TOP 5 Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes;
Antrag auf Ausweitung der Außenbestuhlung für Gastronomiebetriebe
(Referent: Herr Hoffmann)
V0379/23

Stadtrat Wittmann verweist auf die Geschäftsordnung und merkt an, dass weitere Tagesordnungspunkte nur aufgenommen werden können, wenn alle Ausschussmitglieder anwesend seien. Er

weist darauf hin, dass Stadtrat Mittermaier noch nicht anwesend ist und insofern keine Aufnahme erfolgen könne.

Stadtrat De Lapuente teilt mit, dass Stadtrat Mittermaier etwas später kommen werde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, nach Anwesenheit von Stadtrat Mittermaier nochmals darüber abzustimmen.

Mit diesem Vorgehen besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Kenntnisnahme

- 1 . Vereinsauflösung Schützenverein "Buchenlaub Ingolstadt"
(Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)
Vorlage: V0263/23**

Antrag:

1. Die Auflösung des Schützenvereins „Buchenlaub Ingolstadt“ zum 31.12.2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwendung des Vereinsvermögens erfolgt gemäß Vereinssatzung und Auflösungsbeschluss der Vereinsversammlung vom 13. Juli 2022 wie im Vortrag dargestellt.

Für Stadtrat Schidlmeier sei es bedauerlich, dass schon wieder ein Verein aufgelöst werde. Seines Erachtens wirke sich der Sportentwicklungsplan positiv auf ein solches Vorgehen aus.

Die Mitglieder der Sportkommission und des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit nehmen dies zur Kenntnis.

Beratend

- 2 . **Sportentwicklungsplan für die Stadt Ingolstadt, Abschlussbericht; Verabschiedung der Leitziele, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen (Referentin: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)**
Vorlage: V0291/23

Antrag:

1. Der Abschlussbericht zur Sportentwicklungsplanung wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1).
2. Die im Abschlussbericht dargestellten erarbeiteten Ziele und Maßnahmen, die durch die Lenkungsgruppe verifiziert wurden, werden entsprechend ihrer Priorisierung mit dem jeweiligen Umsetzungshorizont als Zielvorgaben beschlossen.
3. Die Umsetzung und Verstetigung eines überwiegenden Teils der Maßnahmen im Bereich der Sport- und Bewegungsangebote, der Vernetzung und Kooperation, der Sportvereinsentwicklung und der Sport- und Bewegungsräume erfolgt vorbehaltlich der Schaffung zweier Stellen im Amt für Sport und Freizeit (Anlage 2).
4. Das Amt für Sport und Freizeit evaluiert den weiteren Prozess und berichtet in zweijährigem Rhythmus über die Umsetzung der Maßnahmen.
5. Die Aufgaben der Lenkungsgruppe sind abgeschlossen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf den langen Beteiligungsprozess. Der Sportentwicklungsplan gebe einen Überblick über die sportliche Landschaft in Ingolstadt. Erfreulich sei, dass Ingolstadt im Großen und Ganzen gut aufgestellt ist. Es werden aber die Punkte wo Handlungsbedarf gegeben sei, aufgezeigt. Die Vereine seien großartige Stützen des Sportlebens in Ingolstadt. Im Hinblick auf die Kooperation zur Gewinnung von Ehrenamtlichen könne noch nachgebessert werden. Auch das Thema Bewegungsräume im öffentlichen Raum und auch die Öffnung von Schulhöfen, seien hier mitdiskutiert worden. Es wäre sehr schade, wenn dieser Prozess nicht weitergeführt werde, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Andere Dinge, wie z. B. das Thema Schwimmbäder seien bereits in der Pipeline.

Frau Dr. Thurn von IKPS geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat Ettinger spricht seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Er habe es sehr wertschätzend empfunden, dass sich Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an den Lenkungsgruppen beteiligt habe. Dies sei seines Erachtens nicht selbstverständlich. Stadtrat Ettinger habe die Atmosphäre nicht nur als angenehm, sondern als inspirierend empfunden. Dies sei eine perfekte Mischung aus Begegnungen und Arbeit gewesen. Nur ein kleiner Aspekt stellvertretend für die vielen Erkenntnisse war, wie junge Menschen für einen Vorstandsposten gewonnen werden können. Ergebnis sei hier eine limitierte Vorstandssitzung von 45 Minuten.

Stadtrat Schidlmeier schließt sich dem Dank seines Vorredners an. Er merkt auch an, dass es sich um eine angenehme Zeit, welche manchmal aber auch anstrengend gewesen sei, gehandelt habe. Die Ergebnisse lassen sich aber auf alle Fälle sehen. Gerade in der Nach-Corona-Zeit sei eine deutliche Veränderung der Menschen erkennbar. Diese streben wieder nach außen und wollen Spaß und Freude haben, und sich vergnügen und sportlich betätigen. Mit dem Sportentwicklungsplan sei eine ganz wichtige Basis geschaffen worden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechend zu befriedigen. Bewegung sei Lebenssinn, bringe Freude und Gesundheit. Dies sei nicht nur eine Aufgabe der Kommune, der man gerne nachkomme, sondern auch eine interkulturelle Aufgabe. Stadtrat Schidlmeier spreche dies gerade in Zusammenhang mit dem Schwimmen an, denn hier gebe es mit Sicherheit noch Defizite. Insofern müsse hier das Leistungsangebot verbessert werden, um mehr interkulturelle Schwimmangebote anzubieten. In diesem Zusammenhang sei Stadtrat Schidlmeier auch aufgefallen, dass der Stadtrat kein Spiegel der Gesellschaft sei, da Ingolstadt einen hohen Migrationsanteil habe. Es solle auch daran gearbeitet werden, die sehr umfangreiche Bevölkerungsgruppe, die ganz verschiedene Ausprägungen habe, mit einzubeziehen. Dies sei eine Aufgabe für die Zukunft.

Stadtrat De Lapuente weist darauf hin, dass sich die Parteien zu Beginn der Periode darauf geeinigt haben, einen Sportentwicklungsplan auszuarbeiten. Der erste Schritt sei nun nach drei Jahren, diesen zu Papier gebracht und ein Fundament geschaffen zu haben. Damit sei es aber noch nicht getan, denn die Umsetzung erfolge jetzt. Das Sportamt werde sicherlich vieles mitentwickeln müssen. Er regt an, die nächsten drei Jahre für die Umsetzung der Maßnahmen zu nutzen. Vielleicht gehe es sogar schneller.

Stadtrat Over spricht auch seinen Dank an Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll für die leidenschaftlichen Ansporne der abendlichen Workshops aus. Er möchte noch einmal hervorheben, dass er sich bei allen Beteiligten dafür bedanke, dass diese die Wertigkeit und die Wichtigkeit von Schutzkonzepten gegen sexualisierte Gewalt mit aufgenommen haben. Stadtrat Over stelle mit Freude fest, dass der Verein Wirbelwind es geschafft habe, die Empfehlung zu einem derartigen Schutzkonzept zu installieren.

Stadträtin Kürten denkt, dass das größte Pfund das mit diesem Sportentwicklungsplan geschaffen worden sei, der Weg sei, der manchmal das Ziel ist. Dieses Zusammensitzen und auch die Gespräche mit den Vereinen, das sich Kennenlernen, habe ihr am besten gefallen. Der Sportentwicklungsplan sei nun sehr viel Papier. Man werde sehen, wie die Umsetzung, auf die sich Stadträtin Kürten freue, weitergehen könne. Weiter fragt sie nach, wie den Vereinen dieser Prozess gefallen habe.

Obwohl Stadtrat Mißbeck anfangs skeptisch diesem Werk gegenübergestanden sei, revidiere er dies und zeige sich nun erfreut über diese tiefgehende Arbeit. Fraglich sei aber wie nun diese Seiten in den Vereinen umgesetzt werden. Wie werde damit umgegangen, dass nicht nur in diesem Kreis, sondern auch in der Praxis dies in der Breite erkannt und diskutiert werde. Dies sei für die Vereine, auch für die nachkommenden Generationen und alle Mitglieder ein Richtfaden. Weiter fragt Stadtrat Mißbeck nach, mit welcher Priorität diese Dinge in den kommenden Haushalt mit einfließen werden. Die Prioritätenliste sei gegeben und dies sei sicherlich eine Diskussionsgrundlage für die Vereine, die dies letztendlich betreffe. Hier seien sicherlich noch Gespräche notwendig. Weiter verweist er Bevölkerungswachstum in den neuen Vierteln, wo neue Schulen benötigt werden und auch Sporthallen etabliert werden müssen. Das Konzept Schule und Sporthalle sei sicherlich ein sinnvolles Tandem. Er fragt nach, ob es hier ein weiterführendes Konzept aus den zuständigen Referaten gebe. Die Sport- und Freizeitgestaltung sei ein ganz wesentlicher Faktor der Gesellschaft.

Nach den Worten von Herrn Nixdorf ist der Sportentwicklungsplan für die Vereine ein Fundament, auf dem aufgebaut werden könne. Damit haben die Vereine ein Werkzeug an die Hand bekommen, um zusammen mit der Stadt einen Mehrwert zu generieren und sich in Zukunft daran zu orientieren. Da die meisten seiner Vereinskolegen daran mitgewirkt haben, sind auch die verschiedenen Anregungen der Vereine und Stadtteile berücksichtigt. Jeder Verein hat seine Probleme, aber viele Probleme

haben die Vereine gemeinsam. So können diese zukünftig auch gelöst werden. Auf Anfrage von Stadträtin Kürten teilt Herr Nixdorf mit, dass bei diesen Workshops manche Stadträte jetzt erst mal mitbekommen haben, was in den Vereinen tiefgründig sei und welche Sorgen und Nöte diese haben. Der Sportentwicklungsplan werde die Vereine begleiten und dieser werde stetig weitergeschrieben. Herr Nixdorf gehe davon aus, dass man in den nächsten drei Jahren bereits die erste Maßnahme bemerke und dies ein Mehrwert für die Vereine der Stadt sei. Herr Nixdorf spricht seinen Dank von Seiten der Vereine an alle Beteiligten aus.

Herr Dollinger schließt sich den Dankesworten seines Vorredners an. Auch er habe diesen intensiven Austausch in den Workshop als positiv empfunden. Die Aufgabe sei nun die Fortschreibung des Sportentwicklungsplanes, auch im Zeichen der Nachhaltigkeit.

Es stelle sich ganz klar die Frage, wie es nun weitergehe. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert zu, dass an den Themen weitergearbeitet werde. Einiges werde über andere Ämter wie den Schul- und Baubereich umgesetzt werden. Ein Teil davon sei das strategische Immobilienmanagement. Insofern sei dieses Produkt aus einem Guss. Es gebe aber auch Themen die nicht gleich mit voller Power bewältigt werden können. Dabei spricht sie z. B. das Thema Sport-Portal bzw. Kooperationen an. Hierzu verweist sie auf die entsprechenden Personalkapazitäten im Sportamt und die entsprechenden Mittel aus dem Haushalt

Aus der Vorlage sei ersichtlich so Herr Diepold, welche Themenbereiche identifiziert werden, die momentan ohne zusätzliches Personal nicht bewältigt werden können. Das ganze Thema Sportangebote sei eigentlich bisher nicht im Portfolio des Sportamtes, denn dies fiele in die Zuständigkeit der Vereine. Die Stadt stelle die Sportstätten. Auch mit dem Bereich Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum habe man sich in den letzten Jahren nicht beschäftigt. Dies komme nun über den Bürgerhaushalt des Öfteren. Herr Diepold betont, dass es hierfür aber letztlich kein richtiges Konzept gebe. Der Sport im öffentlichen Raum werde immer mehr, da der Platz nicht unendlich sei und nicht unendlich weitere Turnhallen gebaut werden können. Er merkt nochmals an, dass das Sportamt hier personell nicht so gut aufgestellt sei, um dies ohne Weiteres umzusetzen. Er weitet dies aber weiter aus und verweist hier auf andere Dienststellen, wie das Gartenamt und das Hochbauamt. Herr Diepold gibt als Beispiel das Thema Parcours-Anlage an der Halle 9, welches schon seit Jahren nicht

weiterentwickelt werden könne. Der Punkt sei, dass es keine Konzepte, keine Zuständigkeit und auch keine Organisation gebe, um diese Themen wirklich voranzubringen. Aus Sicht von Herrn Diepold werde eine andere Zusammenarbeit und auch zusätzliches Personal benötigt. Er betont, dass das Sportamt seit 15 Jahren kein zusätzliches Personal benötigt habe. Aufgrund dieser vielen Themen sei nun der Bedarf gegeben. Bei kleineren Themen, die im laufenden Betrieb bewältigt werden können, sehe er kein Problem. Aber die künftige Fülle an Dingen und Aufgaben mit denen sich das Sportamt bisher nie befasst habe, sehe er problematisch.

Herr Hoffmann verweist auf das strategische Immobilienmanagement, welches parallel zum Sportentwicklungsplan entwickelt worden sei. Hier greifen die Zahnräder gut ineinander und es sei ersichtlich, dass die Themen auch von baulicher Seite erkannt seien. Herr Hoffmann verweist auf die sanierungsbedürftigen Turnhallen in der Innenstadt und informiert, dass eine Sanierung nicht bei allen gleichzeitig erfolgen könne. Hier müsse eine gewisse Reihung beachtet werden, auch wenn die Priorität dieser Anlagen sehr hoch sei.

An Herrn Diepold gewandt fragt Stadträtin Kürten nach, was ohne die zusätzlichen Stellenanforderungen umgesetzt werden könne.

Herr Diepold merkt an, dass alles andere umgesetzt werden könne. Das Sportamt sei künftig ein Planungsamt, so Herr Diepold. Trotzdem fehle es aus seiner Sicht an Konzepten und an genauen Schnittstellen in der Stadtverwaltung. Er betont nochmals, dass das Sportamt keine Kapazitäten für die Planungen im öffentlichen Raum habe. Hier müsste ausgeschrieben werden, was sich aber wieder als schwierig darstelle, weil jemand benötigt werde, der diese Ausschreibung vornehme. Dies seien derzeit alle Dinge, die nicht geleistet werden können. Weiter verweist er auf stetig neue Dinge aus dem Bürgerhaushalt. Wichtig sei auch, dass die Stadt selbst initiiert, was eigentlich gewollt werde. Wolle man immer das widerspiegeln, was der Bezirksausschuss beschließe, oder wolle die Stadt ein eigenes Konzept auflegen. Dies könne nur von Personal erledigt werden, welches Herr Diepold aktuell nicht habe.

Es werde sicherlich auch Gesprächs- und Kommunikationsformen mit den Vereinen geben, um sich über die Themen des Sportentwicklungsplans gemeinsam auszutauschen, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Weiter sichert sie zu, die Personalproblematik in der Stellenberatung anzusprechen.

Gerade das Thema Trendsport wie in der Halle 9, sei ein solcher Prozess, die oftmals Jahre andauern, so Herr Angermann. Die Jugendlichen, die diese Ideen angeregt haben, seien da oft schon rausgewachsen. Dies beobachte er tatsächlich in den letzten 15 Jahren immer wieder, dass eine Umsetzung für Sportanlagen im öffentlichen Raum lange andauere. Dieser Sportentwicklungsplan zeige nun auf, dass sich Sport nicht nur in der Schule oder in den Vereinen abspiele, sondern ganz viel im öffentlichen Raum stattfindet. Hier seien die Grenzen vom Alter fließend, auch wenn oft von Jugendtrainern die Rede sei. Es gebe viele Sportplätze wo viele Erwachsene, oder ganze Familien aktiv seien.

Man sei sich hier einig, dass der Sportentwicklungsplan eine gute Basis sei, um den Sport insgesamt im Freizeitbereich und in der Jugendarbeit in dieser Stadt weiterzuentwickeln. Stadtrat Wittmann weist aber schon darauf hin, dass das Sportamt in der Vergangenheit nicht nur verwaltet, sondern auch gestaltet habe. Aus dem Vortrag von Frau Dr. Thurn könne man heraushören, dass dies bislang nur verwaltet habe und nun ins Gestalten komme. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass über viele Jahrzehnte für den Sport sehr viel getan und investiert worden sei. Dabei verweist er auf das Ballspielhallen-Programm. Auch wolle er eine Lanze brechen für das Garten- und Bauamt. Hier habe man in der Vergangenheit immer alles Mögliche getan. Es sei klar, dass es immer zusätzliche Wünsche gebe. Diese gebe es auch in anderen Bereichen. Alles optimal zu entwickeln und zu gestalten, sei nicht möglich. Stadtrat Wittmann betont ausdrücklich, dass er der Antragsziffer zwei der Beschlussvorlage nicht so zustimmen werde, weil im Finanzausschuss eine ganz andere Diskussion geführt werde. Dabei zitiert er den Oberbürgermeister, sich auf die Pflichtaufgaben zu konzentrieren, weil sich die Stadt nicht mehr alles leisten könne. Dieser Aspekt müsse auch berücksichtigt werden. Es müsse erst die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse abgewartet werden. Als Sportausschuss könne man grundsätzlich sagen, es könne nie viel genug sein. Aber zu sagen, dass die Maßnahmen nur mit zwei zusätzlichen Stellen umgesetzt werden können, sei nicht korrekt. Ganz so einfach funktioniere Kommunal- und auch Finanzpolitik nicht. Stadtrat Wittmann zeigt sich verwundert, dass nicht der Personalausschuss in der Beratungsfolge aufgeführt sei, wenn es hier um zusätzliche Stellen gehe. Er bittet diesen in der Beratungsfolge zu ergänzen. Stadtrat Wittmann gibt zu Protokoll, dass man nicht von vorneherein sagen könne, man habe im Sportausschuss oder gar in anderen Ausschüssen bereits Stellen beschlossen, soweit dürfe dies nicht gehen. Auch wenn er heute der Gesamtvorlage zustimme, bedeute dies nicht, dass er automatisch diesen beiden Stellen zustimmen werde. Stadtrat Wittmann wolle nochmals zum Ausdruck bringen, dass man

hier nicht weiterkomme, aber es könne nicht alles was wünschenswert sei, versprochen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert eine Beratung im Personalausschuss zu. Es sei ausdrücklich so formuliert, dass manches nicht umgesetzt werden könne. Hierbei handelt es sich um eine Kenntnisnahme, dass der Stellenbedarf wie dargestellt gesehen werde.

Frau Dr. Thurn merkt an, dass es nicht so verstanden werden solle, dass sie das Sportamt bisher nur als eine verwaltende Einheit wahrgenommen habe. Dies sei ganz und gar nicht der Fall. Hier sei in der Vergangenheit vieles richtig gelaufen, sonst gebe es nicht diesen guten Bestand an Hallen und Plätzen für das Konzept. Im Sportentwicklungsplan sei deutlich geworden, dass sich das Aufgabenfeld erweitert habe und auch in Zukunft erweitern werde. Sie weist darauf hin, dass dies nur Punkte seien, die von der Veraltung abgearbeitet werden müssen. Auch die Vereine, die Schulträger, der Sportkreis, also alle Akteure die bei diesem Prozess beteiligt seien, seien selbstverständlich in der Umsetzungspflicht.

Nun habe die Diskussion so positiv begonnen und nun eine solche Wende. Stadtrat De Lapuente wolle nicht in die Vergangenheit blicken. Wenn man etwas neues beginne, sei es klar, dass es zu Veränderungen, auch zu personellen, komme. Vielleicht verschiebe sich das eine oder andere etwas. Stadtrat De Lapuente verweist hierzu auf Synergieeffekte. Deswegen breche er die Lanze dies positiv zu betrachten und diese Sportentwicklungsplan als eine Chance zu sehen und nicht gleich wieder die kritischen Punkte voran zu stellen.

Auf nochmaliger Anfrage von Stadträtin Kürten teilt Herr Diepold mit, dass auch ohne die Personalaufstockung ein Teil der Maßnahmen umgesetzt werden könne.

*Gemeinsame Abstimmung der **Sportkommission** und des **Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit**:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Kenntnisnahme

3 . Pflegemaßnahmen zur Badesaison 2023 (Referentin: Frau Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0272/23

Antrag:

Die dargestellten Pflegemaßnahmen zur Badesaison 2023 werden zur Kenntnis genommen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass auch die anderen Seen berücksichtigt werden. Auch den Schafirsee habe man im Blick, denn dort prüfe ein Taucher, ob die Mähkuh eingesetzt werden müsse.

Weil viele dort schwimmen gelernt haben, identifizieren sich viele mit dem Baggersee, Auwaldsee und Schafirsee. Stadtrat Schidlmeier zeigt sich über die Ertüchtigung und die Pflegemaßnahmen der Seen erfreut. So könne die Bevölkerung dem Schwimmen nachgehen und die Seen genießen. Mit Sorge erfülle ihn aber der Vandalismus. Die beigefügten Bilder zeigen deutlich, wie mit Allgemeingut umgegangen werde. Dies sei nach seinen Worten sehr bedauerlich. Wo es möglich sei, solle dies beendet werden.

Stadtrat Ettinger zeigt sich über die Ertüchtigungsmaßnahmen erfreut, sei aber gleichzeitig über diesen Vandalismus entsetzt. Dies mache ihn betroffen und fraglich sei, wie dies geschehen könne. Die Bevölkerung müsse hier sensibilisiert werden. Weiter verweist er auf den Kiosk am Auwaldsee, was für ihn eine Perle sei. Er würde sich sehr freuen, wenn es gelinge diesen mit halbwegs vernünftigem Aufwand zu sanieren.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass vor einiger Zeit die Bausubstanz betrachtet worden sei. Aufgrund des Schimmelbefalls sei dieser Kiosk nicht mehr sinnvoll sanierungsfähig. Derzeit werden die Toiletten ertüchtigt. Ob aber für diese Saison dort mehr entstehen könne, bezweifle Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Insofern regt sie an, an den Wochenenden einen Food-Truck aufzustellen.

Damit die Toiletten für diesen Sommer noch einmalig funktionstüchtig gemacht werden können, erfolge derzeit die Sanierung, so Herr Hoffmann. Der Kiosk sei leider seit Jahren undicht und von eindringendem Regenwasser schwer in Mitleidenschaft gezogen. In den Kiosk sei so viel Wasser reingelaufen, dass man diesen zum Großteil abtragen müsse. Das habe Einfluss auf die Statik. Eine Sanierung der tragenden Wände, aber auch der technischen Anlagen seien durch den Feuchtigkeitsbefall nicht mehr rentabel. Herr Hoffmann verweist auf den stattgefundenen Ortstermin. Mit der Stadtplanung sei vereinbart worden, dass ein Architekt prüfen solle, wie sich ein Neubau des Kiosks in das Naherholungsgebiet einfüge, aber auch welche Teile ggf. erhalten werden könnten. Die Toiletten und auch große Teile des Küchenbereichs werden neu gebaut werden müssen. Ein Neubau sei vor diesem Hintergrund sicher günstiger, als der Erhalt des Alten.

Auch Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll findet es schade, weil dieser Kiosk eine retro-mäßige Anmutung habe. Aber bei Betrachtung der Räume sei ersichtlich, dass diese nicht mehr zu renovieren seien. Weiter verweist sie auf ein Gutachten aus dem Jahr 2010, wo der Dachaufbau als sehr kritisch betrachtet worden sei. Ein Neubau werde aber nicht eins zu eins die Blaue Lagune ersetzen können. Weiter geht Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll auf den Vandalismus ein. Es werde schon versucht wo Einrichtungen neu geschaffen werden, diese so Vandalismus sicher wie möglich zu errichten. Es gebe aber leider kein Patentrezept gegen Vandalismus. Diese ganze Thematik sollte öffentlich zur Sprache gebracht werden.

Stadtrat Over stellt mit Befriedigung fest, dass nun auch dem Wunsch seiner Fraktion Rechnung getragen werde, damit nicht nur die Tiere, sondern auch die Menschen eine bestimmte Aufenthaltsqualität am Baggersee genießen können. Um Beschädigungen an Einrichtungsgegenständen oder anderen Gegenständen an den Uferändern entgegenzuwirken, werde man nicht umhinkommen, sich künftig auf Betonrohlinge zu beschränken. Eine große gegossene Liege mit einer Holzauflage müsse aus seiner Sicht nicht sein. Es sei ausreichend wenn auf Betonrohlinge Handtücher gelegt werden. Dieses Phänomen habe man auch schon an anderer Stelle festgestellt, dass mancher dieser Gegenstände, nicht in jedem Bevölkerungskreis Anklang finden und sogar direkt herausfordernd seien, um diese zu zerstören. Stadtrat Over glaube, dass dies auch der Offenbarungseid der Gesellschaft sei. Es sei auch nötig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass diese Gegenstände aus Steuergeldern bezahlt werden. Stadtrat Over habe die Hoffnung, dass Ingolstadt in einigen Jahren über einen

kommunalen Ordnungsdienst verfüge, der möglicherweise zu unüblichen Zeiten die Badeseen und die Naherholungsgebiete bestreifen.

Stadtrat Stachel zeigt sich auch erfreut, dass die Bedeutung für die Bürger an den Badeseen erkannt worden sei. Weiter verweist er auf das Schilf, welches endlich großzügig geschnitten worden sei, sodass auch Zugangsstellen möglich seien. Zum Thema Vandalismus regt er an, dies trotzdem immer wieder schnellstmöglich in Ordnung zu bringen, auch wenn dies mit finanziellen Kosten verbunden sei. Die Kosten entstehen so oder so und je länger dies unansehnlich sei, motiviere dies Nachahmer. Und diejenigen die dies lange ansehen müssen, ärgern sich darüber. Insofern sei ein kurzfristiges Handeln ein Mittel zur indirekten Vorbeugung. Dies solle im ganzen Stadtgebiet so gehandhabt werden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Beratend

4 . Strategisches Immobilienmanagement (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert, Frau Dr. Deneke-Stoll) Vorlage: V0303/23

Antrag:

- 1.) Der Gebäudebericht Schul- und Sportstätten wird zur Kenntnis genommen.
- 2.)
 - a) Dem Berichtszeitraum von sechs Jahren wird zugestimmt.
 - b) Die Verwaltung wird beauftragt nach drei Jahren einen Zwischenbericht zu erstellen, in dem der Umsetzungsstand der getroffenen Beschlüsse darzustellen und die Kennwerte fortzuschreiben sind.
 - c) Im Rahmen der Weiterentwicklung des Berichts wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die Datenhaltung und Berichterstellung zukünftig über eine Softwarelösung erfolgen kann.
- 3.)
 - a) Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Priorisierung noch nicht begonnener Maßnahmen wird wie folgt zugestimmt
 - I.) Apian Gymnasium (Beschlusspunkt 4)
 - II.) Katharinen Gymnasium (inkl. der Zweifachturnhalle) (Beschlusspunkt 5)
 - III.) Lehrschwimmbecken der Grund- und Mittelschule an der Pestalozzistraße
(Beschlusspunkt 6)
 - IV.) Lehrschwimmbecken der Grund- und Mittelschule an der Lesingstraße
(Beschlusspunkt 6)
 - V.) Lehrschwimmbecken der Christoph-Kolumbus-Grundschule

- (Beschlusspunkt 6)
- VI.)** Bezirkssportanlage Mitte (Dreifachturnhalle) (Beschlusspunkt 7)
- VII.)** Christoph-Scheiner Gymnasium (Zweifachturnhalle) (Beschlusspunkt 7)
- VIII.)** Staatliche Berufsschule I am Zeughaus (Technische Sanierung)
(Beschlusspunkt 8)
- IX.)** Freisportanlagen Bezirkssportanlage Südost (V0030/2023)
(Beschlusspunkt 9)
- X.)** Staatliche Berufsschule II am Brückenkopf (Bauteil C, Turm Baur)
(Beschlusspunkt 10)
- XI.)** Grund- und Mittelschule an der Lessingstraße (Bauteile der Mittelschule)
- XII.)** Grund- und Mittelschule an der Pestalozzistraße
- XIII.)** Grund- und Mittelschule Friedrichshofen
- XIV.)** Grund- und Mittelschule auf der Schanz
- XV.)** Staatliche Berufsschule II am Brückenkopf (Wirtschaftsschule)
- XVI.)** Grund- und Mittelschule Oberhaunstadt
- b)** Der Bericht und dessen Priorisierung der Maßnahmen hat grundsätzlich bindende Wirkung. Bei fehlender Entscheidungsreife priorisierter Projekte, kann eine Anpassung der Priorisierung vorgenommen werden.
- c)** Grundsätzlich sind die vorgeschlagenen Maßnahmen in einem geförderten Verfahren (General- bzw. Teilgeneralsanierung) durchzuführen.
- d)** Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit Maßnahmen am Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ oder alternativer Förderprogramme zu bewerben, sofern ein Projektauftrag gestartet wird und die jeweilige Maßnahme Aussicht auf eine Förderung hat und die Ressourcen zur Bearbeitung vorhanden sind.
- 4.)** Dem Stadtrat ist im Quartal I 2024 eine Entscheidungsvorlage zum Apian Gymnasium vorzulegen.
- 5.)** Dem Stadtrat ist im Quartal I 2024 eine Entscheidungsvorlage zur Generalsanierung des Katharinen Gymnasiums vorzulegen
- 6.)** Der notwendige Handlungsbedarf an den vorhandenen Lehrschwimmbecken wird anerkannt; dem Stadtrat ist im Jahr 2023 hierzu eine Entscheidungsvorlage vorzulegen.
- 7.) a)** Der notwendige Handlungsbedarf an den Turnhallen der BSA Mitte, des Katharinen- und des Scheiner Gymnasiums wird anerkannt.
- b)** Die Verwaltung wird beauftragt für die erforderliche Sanierung dieser Sporthallen, gemeinsam mit den Nutzern ein Konzept zur stufenweisen

Umsetzung zu erarbeiten und das Konzept zur Entscheidung dem Stadtrat im Jahr 2023 vorzulegen.

- 8.) Der technischen Sanierung der Berufsschule am Zeughaus (BS I) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit freiwerdenden Personalkapazitäten ein technisches Sanierungskonzept zu erarbeiten.
- 9.) Der bereits eingebrachte Vorschlag der Verwaltung zur Neustrukturierung der Bezirkssportanlage Südost (V0030/2023) wird zur Kenntnis genommen
- 10.)
 - a) Der Sanierungsbedarf an der Leo-von-Klenze-Schule (BS II) wird zur Kenntnis genommen.
 - b) Die Erarbeitung eines Sanierungskonzepts wird bis zur Entscheidung über die künftige Nutzung des Areals zurückgestellt.
- 11.) Die Verwaltung wird beauftragt, darauf zu achten, bauteil- und lebenszyklusoptimiert zu planen. Dies hat unter Abwägung wirtschaftlicher und nachhaltiger Gesichtspunkte zu erfolgen.
- 12.) Die in der Priorisierungsreihenfolge oben stehenden und aktuell noch nicht für Maßnahmen vorgesehenen Gebäude sind im Rahmen des Bauunterhalts vordringlich zu behandeln.
- 13.) Die zu bewirtschaftenden Flächen sind hinsichtlich einer effizienten und multifunktionalen Nutzung zu prüfen.
- 14.) Die Verwaltung wird beauftragt, die folgenden Gebäudeberichte (Kitas, Feuerwehr- und Verwaltung, sowie Kultur und Sonstiges) nach der bisherigen Systematik zu erstellen.

Herr Pröbstle stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das strategische Immobilienmanagement vor. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Stadtrat De Lapuente zeigt sich erfreut. Nach seinen Worten sei dies eine tolle Übersicht und ein gutes System, um die Gebäude schnell über ihren Zustand beurteilen zu können. Er finde es auch richtig, dass die Nutzer wie z. B. die Schulleiter, mit eingewertet worden seien. Bei den Bezirkssportanlagen sehe er dies aber als schwierig, da die Schulleiter meist nur eine geringe Zeit an den Bezirkssportanlagen verbringen. Hier seien die Vereine die Nutzer und insofern würde sich hier die Kategorisierung ändern. Weiter verweist Stadtrat De Lapuente auf die Nordostbezirkssportanlage.

Seiner Bewertung nach wäre diese nicht auf drei gelandet. Insofern halte er es für schlecht, die Nutzeransicht von jemanden bewerten zu lassen, der nur geringe Zeit vor Ort ist.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll regt an, dies bei der Fortschreibung zu berücksichtigen und mit den Vereinen nochmal ins Gespräch zu kommen. Dies sei auch eine Konsequenz des Sportentwicklungsplanes.

Dieses strategische Immobilienmanagement, sowie auch der Sportentwicklungsplan seien nach den Worten von Stadtrat Wittmann eine gute Arbeitsgrundlage. Er verweist aber hier auf den Stadtratsbeschluss, dass die Stadtverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein wolle. Insofern dürfe dies hier nicht außer Acht gelassen werden, denn das werde in vorliegendem Bericht in keinsten Weise aufgegriffen. Auch fehle ihm die Unterschrift der zuständigen Bürgermeisterin auf dieser Vorlage. Weiter verweist er auf die Erweiterung und die Sanierung der Schule in Haunwöhr und die hier vorgesehene Pelletheizung. Diese sei alles andere als klimaneutral. Es müsse sich schon Gedanken darüber gemacht werden, ob dieser Stadtratsbeschluss noch zu halten sei. Dabei verweist er auf eine ähnliche Diskussion beim Klinikum. Wenn dieser Beschluss nicht zu halten sei, müsse die Stadt diesen revidieren. Klimaneutral heiße Dekarbonisierung und das bedeute auch kein Ausweichen auf Fernwärme. Denn auch diese sei derzeit noch nicht klimaneutral. Wenn man so weiter mache, möge das in Ordnung sein, aber dann würden die Klimaziele für das Jahr 2030 nicht erfüllt. Beim strategischen Immobilienmanagement spreche man nur von einem kleinen Teil der städtischen Gebäude. Die Stadt Ingolstadt habe jedoch viele Gebäude und diese müssten in den nächsten sieben Jahren klimaneutral werden. Stadtrat Wittmann fragt nach, ob das für möglich gehalten werde. Er habe letztes Jahr angeregt, dass sich der Stadtrat in einer Sondersitzung mit dem Thema Klimaschutz beschäftigte. Die Bürgermeisterin habe dies zugesagt, aber nicht eingehalten. Dieses Thema werde immer mit großen Zielen versehen, aber dann nur am Rande behandelt. Für Stadtrat Wittmann sei dies die allerwichtigste Aufgabe. Und wenn hier zu viel Manpower und Geld in die Hand genommen werde, um teilweise Gebäude zu sanieren, aber dabei die Klimaneutralität noch gar nicht zu berücksichtigen, dann begehe man einen Fehler. Stadtrat Wittmann mache sich persönlich große Sorgen. Klimaneutral werde man nicht durch Besprechungen, durch viel Papier oder durch zusätzliche Stellen, sondern hier müsse echt etwas passieren. Klimaneutral bei Gebäuden heiße, dass es ein Null-Energiehaus sei, oder die Energie aus einem Bereich komme, wo kein CO₂ ausgestoßen werde. Es müsse schon der Mut aufgebracht

werden, darüber zu sprechen. Stadtrat Wittmann bittet darum, darüber nachzudenken und auch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Letztendlich müsse sich der Stadtrat damit beschäftigen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dies sei zur Kenntnis zu nehmen und sich bei passender Gelegenheit intensiv damit auseinanderzusetzen. Nur in diesem Papier werde wahrscheinlich nicht so viel mehr möglich sein, als das, was jetzt schon geschehen sei.

Herr Pröbstle weist darauf hin, dass man sich schon mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Auch er sehe die Zielsetzung kritisch. Bei Betrachtung des Berichts werden sehr viele Immobilien aufgegriffen, die viel Energie verbrauchen. Aber bei Betrachtung der Gesamtschau, der städtischen Immobilien müsse man sich eine kritische Auseinandersetzung gefallen lassen.

Es sei mit Sicherheit richtig und auch gut, wenn man das Thema an dieser Stelle intoniert und auch entsprechend damit umgehe, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Ja, es müsse wahrscheinlich noch mehr getan werden, so Herr Hoffmann. Ein erster Schritt sei, bei allen neu angegangenen Projekten auf die Klimaneutralität zu achten. Es stehe außer Frage, dass deutlich mehr getan werden müsse, als bei den Sanierungsvorhaben bisher geplant seien. Dies sei aber mit Kosten verbunden. Zur Pelletheizung merkt er an, dass es hier keine andere Möglichkeit gegeben habe.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beschließend

- 5 . Vollzug des Bayrischen Straßen- und Wegegesetzes;
Antrag auf Ausweitung der Außenbestuhlung für Gastronomiebetriebe;
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0379/23**

Antrag:

Dem Wunsch des DEHOGA Bayern auf eine Verstärkung der Ausweitung der Außenbestuhlungsflächen und der Vereinfachung des Antragsverfahrens wird unter folgenden Kriterien zugestimmt:

1. Die Zuständigkeit des Ausschusses für Sport und Veranstaltungen (SVA) für den erstmaligen Antrag auf Sondernutzung für Außengastronomieflächen bleibt unberührt. Die weiteren Folgeanträge unterliegen grundsätzlich dem Verwaltungshandeln ohne erneute Einbindung des SVA.
2. Ab dem ersten Folgeantrag kann die Sondernutzung unbefristet beantragt werden. Sie gilt dann gemäß Sondernutzungssatzung der Stadt bis auf Widerruf.
3. Bei Vorliegen von Beschwerden oder anderen Anhaltspunkten, die die Zuverlässigkeit des Antragstellers in Frage stellen, ist der Widerruf der Sondernutzung von der Verwaltung zu prüfen und eine Entscheidung über den SVA zu erwirken.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes aus.

Herr Hoffmann geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf das zukünftige Vorgehen bei der Außengastronomie ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Grundsätzlich finde Stadtrat Mittermaier diese Vorgehensweise hervorragend, weil somit viel schneller ein Antrag bewilligt werden könne. Er fragt aber nach, ob bei entstehendem Ärger, aus verschiedensten Gründen, nach einer Genehmigung, dies dem Ausschuss nochmals vorgelegt werde. Er fände es nicht korrekt, wenn dieser dann nicht mehr informiert werde. Gerade im Hinblick auf die Bürgerschaft, sollen die Mitglieder des Stadtrates eingebunden sein, damit eine korrekte Auskunft erteilt werden könne. Insofern bittet er diesen Aspekt auch zu bedenken.

Herr Hoffmann spricht sich für dieses Vorgehen aus. Wenn etwas im Argen liege, würde in einem solchen Fall diese Sondernutzung im Ausschuss vorgetragen und diskutiert werden. Herr Hoffmann sichert weiter zu, dass ein regelmäßiger Bericht über die Entwicklung der Sondernutzung einmal, oder gar zweimal jährlich dem Ausschuss gegeben werde.

Stadtrat Schidlmeier sehe dies wie Stadtrat Mittermaier und merkt an, dass hier Diskussionsbedarf bestehe, denn es sei eine zunehmende Außenbestuhlung in der Stadt ersichtlich. Da dies Leben in die Stadt bringe, sei dies natürlich zu begrüßen. Auch wachse die Gastronomie mit relativ kleinen Innenräumen, welche sich nach außen hin groß ausbreite. Im Rahmen dieser Möglichkeiten müsse hier etwas mehr Augenmerk daraufgelegt werden, denn dies müsse auch logistisch, umgesetzt werden. Natürlich könne man sagen, dass dies nicht Sache des Stadtrates sei. Es werde aber dann Sache des Stadtrates, wenn die Leute nicht entsprechend bedient werden können und

dann Unmut auftrete. Auch bei Extremfällen, wie bei einer Behinderung auf dem Gehweg, wenden sich die Bürger an die Stadt. Insofern spricht sich Stadtrat Schidlmeier für eine jährliche Berichterstattung zur Prüfung der Gegebenheiten aus.

Stadtrat Over fragt nach wie damit umgegangen werde, wenn ein Gastronom im Winter ein Raucherzelt aufbaue und dies unter Umständen, aufgrund dieser neuen entbürokratisierten Verordnung, die Grenze des Nachbarn berühre oder gar überschreite.

Hierfür bedürfe es einer Sondernutzungserlaubnis, so Herr Hoffmann. Wenn dies nicht in seinem ersten Antrag explizit so bereits aufgeführt sei, handelt es sich um einen neuen Sachverhalt, welcher auch neu beschieden werden müsse.

Stadtrat Stachel verweist auf das Schreiben der DEHOGA im Hinblick auf die Anpassung der Außengastronomieflächen wie vor Corona. Dies bedeute, dass die Flächen gleich groß seien und die Bestuhlung sich vergrößere. Insofern stelle sich die Frage, ob sich die Sitzplätze oder gar die Fläche vergrößere. Weiter merkt Stadtrat Stachel an, dass sich die Antragsstellung auf einen gewissen Zeitraum beziehe. Ein gutes Beispiel sei ein Raucherzelt im Winter. Es gebe Außengastronomieflächen, die im Sommer wunderbar bespielt werden, im Winter aber den Straßen- oder Parkraum wegnehmen. Dabei verweist er auf die Kupferstraße und merkt an, dass dies ein Ärgernis darstelle. Es sei nicht Ziel der Sache, dass der Gaststättenbetreiber mehr Außenbestuhlung für das ganze Jahr beantrage. Die beantragte Fläche solle auch genutzt werden und nicht auf Bevorratung beantragt werden.

Stadträtin Kürten fragt nach, ob diese Regelung auch die Schanzer Rutschbahn betreffe. Ihres Erachtens sei die Fläche ziemlich ausgeweitet worden. Insofern solle dies im Ausschuss beraten werden.

Wenn der erste Antrag in Coronazeiten dem Ausschuss vorgelegt worden sei und an dieser Stelle genau für die gleiche Fläche ein Antrag vorliege, dann sei dies ein Folgeantrag im Sinne der Vorlage. Wenn ein Antrag mit der gleichen Fläche aber der doppelten Tischanzahl gestellt werde, sei dies eine Veränderung dessen. Die DEHOGA habe in ihrem Schreiben mitgeteilt, dass man das Gleiche was während Corona möglich war, möglichst unbürokratisch weiter bespielen wolle. Wenn sich die Fläche oder die Anzahl der Bestuhlung verändere, dann müsse der Antrag nochmals vorgelegt

werden. Die Sache mit dem Sommer-/Winterbetrieb müsse man in den Griff bekommen, weil weder im Winter noch im Sommer beantragte, dann aber brachliegende Flächen nicht gewollt seien. Herr Hoffmann sichert zu, künftig drauf zu achten. Wenn dem Ausschuss das erste Mal etwas vorgelegt werde, sichert er eine ordentliche Vorbereitung zu. Dann könne auch die Auflage machen, dass eine dauerhafte Bewirtung vorgeschrieben sei. Nach Fertigstellung der Fußgängerzone gebe es darüber hinaus ein Aufenthaltsband in der Mitte der FGZ-Fläche. Dort solle die Außengastronomie ihre Schank-, Außenflächen und Tische haben. Dann werden zumindest in der Fußgängerzone alle Anträge ohnehin neu aufgerollt. Damit dies auch mit den anderen Nutzungen, wie den Fahrradständern oder Sitzbänken passe, müsse dies neu betrachtet werden. Ende 2024 werde man dies für die Saison 2025 in der Fußgängerzone neu betrachten. Zur Schanzer Rutschn informiert Herr Hoffmann, dass aufgrund des Pächterwechsels ein neuer Antrag gestellt werden müsse. Dies werde nach Rücksprache mit der Stadtplanung sehr wohlwollend betrachtet. Außerdem werde versucht einen Ausgleich zwischen der Anzahl der Stellplätze und der Anzahl der Tische bzw. der Bewirtungsfläche hinzubekommen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll regt hierzu im nächsten Jahr eine erneute Berichterstattung an, um die geäußerten Bedenken zu prüfen.

Herr Hoffmann merkt an, dass auf Widerruf bedeute, dass jeder Vertragspartner bei Vorlage der entsprechenden Gründe jederzeit widerrufen könne. Wenn aus dem Stadtrat oder aus der Bürgerschaft, oder auch aus der Verwaltung irgendwelche kritikwürdigen Dinge kommen, dann würde dies dem Ausschuss vorgelegt und es müsse über einen Widerruf nachgedacht werden.

Stadtrat Bannert regt eine Berichterstattung für Anfang des Jahres 2024 an. So habe man einen zeitnahen Rückblick auf das Jahr 2023 und es könne eine evtl. Änderungen erfolgen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sichert eine Berichterstattung im ersten Quartal 2024 zu.

Herr Hoffmann formuliert einen 4. Antragspunkt. „Die Verwaltung berichtet einmal jährlich im ersten Sitzungslauf zur Entwicklung der Außengastronomieflächen.“

Mit allen Stimmen:

1. Die Zuständigkeit des Ausschusses für Sport und Veranstaltungen (SVA) für den erstmaligen Antrag auf Sondernutzung für Außengastronomieflächen bleibt unberührt. Die weiteren Folgeanträge unterliegen grundsätzlich dem Verwaltungshandeln ohne erneute Einbindung des SVA.
2. Ab dem ersten Folgeantrag kann die Sondernutzung unbefristet beantragt werden. Sie gilt dann gemäß Sondernutzungssatzung der Stadt bis auf Widerruf.
3. Bei Vorliegen von Beschwerden oder anderen Anhaltspunkten, die die Zuverlässigkeit des Antragstellers in Frage stellen, ist der Widerruf der Sondernutzung von der Verwaltung zu prüfen und eine Entscheidung über den SVA zu erwirken.
4. **Die Verwaltung berichtet einmal jährlich im ersten Sitzungslauf zur Entwicklung der Außengastronomieflächen.**

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-